



KOMMENTARE

Nun denn

Klaus Welzel zur Corona-App

Seit heute Nacht sollte sie online sein, die Corona-App. Wer will, kann sie herunterladen. Und da die meisten Deutschen eher zur Sorgfalt neigen, dürfte der Download bereits hunderttausendfach vollzogen worden sein. Der Nutzen ist vorübergehend zwar gering, der mögliche Schaden aber auch. Von einem kaum messbaren Nutzen muss man ausgehen, weil es in Deutschland nur noch wenige Infizierte gibt. Die App macht aber erst dann Sinn, wenn ihre Nutzer sich auch der Gefahr aussetzen, vom Nächsten (der dann hoffentlich auch die App installiert hat) infiziert zu werden. Wer jetzt also mitmacht, macht dies vorsorglich, schließlich gibt es keinen idealen Zeitpunkt zum Download.

Schaden – und davon gehen ja Datenschützer aus – kann aber auch keiner entstehen, weil die App alle Daten nur auf dem eigenen Smartphone registriert und weil es keinen Zwang gibt. Da immer wieder Politiker (meist aus der Union) einen Nutzungszwang ins Spiel bringen, könnte genau daran die App doch noch scheitern. Sie kommt zum einen sehr spät, zum anderen keimt durch die unnötige Debatte um den Nutzungszwang der Verdacht auf, aus Freiwilligkeit könnte eines Tages eine Verpflichtung werden. Somit ist die App schon vor der ersten Installation von einem Nutzungserfolg sehr weit entfernt. Schade.

Zu viel

Matthias Kros zu Curevac

Die Entwicklung eines Corona-Impfstoffes ist derzeit eines der drängendsten Vorhaben überhaupt. Vermutlich wird erst wieder echte Normalität in unser Leben einkehren, wenn eine solche Arznei gefunden und in ausreichender Menge produziert ist. Ob deswegen aber gleich eine 300 Millionen Euro teure Staatsbeteiligung an dem Biotechnologieunternehmen Curevac notwendig gewesen wäre, darf ein Steuerzahler schon hinterfragen.

Der umtriebige Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier sagt, er wolle damit dem Unternehmen von Mehrheitseigner Dietmar Hopp finanzielle Sicherheit geben. Fraglos können die Forscher in Tübingen das Geld gut gebrauchen. Doch angesichts der Dringlichkeit der Sache gibt es dafür eigentlich genügend (bereits angezapfte) Fördertöpfe.

Deshalb drängt sich der Eindruck auf, dass Altmaier mit seinem Einstieg bei Curevac tatsächlich strategische Interessen verfolgt. Die Avancen, die US-Präsident Donald Trump den Tübingern im März gemacht haben soll, haben ihre Wirkung offenbar nicht verfehlt. Und in diesem Punkt geht die Rechnung des Wirtschaftsministers sicher auf: Ein teilverstaatlichtes Unternehmen ist kein sonderlich beliebtes Übernahmeziel.

Kein Unmut

Gernot Heller zu den EU-Beiträgen

Es gibt Tage, da bringt der Postbote nur Rechnungen. In solch einer Phase scheint sich Deutschland momentan zu befinden. Da jongliert die Regierung Tag für Tag mit Milliardensummen im Kampf gegen etwas noch nie Dagewesenes wie die Corona-Krise, und muss rekordhohe neue Schulden aufnehmen. Und dann kommt zu allem Überfluss hinzu, dass Deutschland ab 2021 womöglich 13 Milliarden Euro mehr, also 40 Milliarden Euro, nach Brüssel an die EU überweisen muss.

Doch der Unmut darüber ist übertrieben. Wenn man sich klarmacht, wie abhängig Deutschland in seinem Wohlstand, mit seinen Arbeitsplätzen, von Kunden im Ausland ist, wenn man sich klarmacht, dass die treuesten und besten davon die Partner in der EU sind – dann stellt sich das Bild doch etwas anders dar. Auch ein Blick auf die Dimensionen hilft. Wenn Deutschland allein in diesem Jahr rund 220 Milliarden Euro ausgibt, um seine Firmen mit ihren Arbeitsplätzen zu schützen, dann erscheint ein Betrag von 13 Milliarden Euro nicht mehr so gewaltig. Denn Deutschland bekommt ja etwas für dieses Geld – ganz abgesehen davon, dass ein erklecklicher Teil aus Brüssel zurück in das Land fließt. Die Gemeinschaft sichert uns auch ein Leben in Frieden sowie Mitsprache in der Welt.



Karikatur: Klaus Stutmänn

„Die USA bleiben in einer Vor-Bürgerkriegssituation“

Der Amerika-Historiker Detlef Junker analysiert die Lage der Vereinigten Staaten im Wahljahr

Von Detlef Junker

Heidelberg. Die Corona-Krise hat gleichsam ein Tuch über den USA weggezogen und einen verstörenden Blick auf die politische, soziale und kulturelle Realität des Landes freigegeben. Zugleich hat die Pandemie einmal mehr offengelegt, dass der 45. Präsident der USA, Donald Trump, völlig unfähig ist, sein Amt auszufüllen und irgendein Problem zu lösen. Trump, der sich selbst für ein „stabiles Genie“ hält, hat die selbsterklärten „Kriege“ gegen das Virus und den wirtschaftlichen Niedergang schon verloren. Der Narzisst und Paranoiker ist zur Lachnummer der Welt geworden, zugleich fürchtet die Welt das destruktive Potential, das im mächtigsten Amt des Westens steckt. Auch die Bundesrepublik wird zunehmend Opfer dieser Destruktion.

Trump spaltet die Nation weiter und sieht, fünf Monate vor der Wahl, den einzigen Weg zu seiner zweiten Präsidentschaft darin, sich als Präsident von „Recht und Ordnung“ zu positionieren und notfalls das Militär in der Innenpolitik einzusetzen. Das wäre ein entscheidender Schritt zum Ausnahmezustand.

Vor drei Wochen haben allerdings ein Video über die Ermordung des Afroamerikaners George Floyd durch einen weißen Polizisten, der fast neun Minuten auf Floyds Hals kniete, und ein missratener Foto-Termin des Präsidenten mit Militär und Bibel in der Hand vor einer Kirche in der Nähe des Weißen Hauses die – immer flüchtige – Stimmung in den USA erheblich verändert. Weitere Gewaltakte bewegen die Nation.

Die weltweiten Proteste der „Black Lives Matter“-Bewegung, die ungewöhnliche Kritik der höchsten amerikanischen Militärs, der „Aufstand der Generäle und Admiräle“ gegen Trumps Versuch, die amerikanische Armee in der Innenpolitik einzusetzen, der Verlust der Republikanern im Kongress und dem Präsidenten, auch die Kritik einiger religiöser Führer an Trump haben zumindest die Möglichkeit eines Endes der Trump'schen Präsidentschaft eröffnet: Trump verliert die Wahl im November, scheidet friedlich aus dem Amt und wandert nicht ins Gefängnis, weil der neue Präsident Joe Biden ihn begnadigt, in der Hoffnung, das Land zu befrieden. Genauso hatte es Präsident Gerald Ford mit seinem Vorgänger Richard Nixon gemacht.

Allerdings ist auch die Alternative nicht ausgeschlossen. Trump mobilisiert mit Lügen und Fake News seine Basis:

- > die offenen und versteckten Rassisten, die keinesfalls die Polizei grundlegend reformieren wollen, weil sie die öffentliche Ordnung, besonders den Schutz gegen Plünderer und Brandstifter, für nötig halten
- > die Waffenlobby, die den Waffenbesitz für ein originäres, in der Verfas-

sung verankertes Freiheitsrecht der Amerikaner hält

- > die Mehrheit der Evangelikalen, die in Trumps Präsidentschaft eine Fügung Gottes sehen, um ihre kulturelle Revolution durchzusetzen
- > die weiße Unterschicht und untere

FREMDE FEDERN

Mittelschicht, die weiterhin daran glauben, dass Trump sie durch seine protektionistische Wirtschaftspolitik und eine Mauer gegen Mexiko aus ihrer Misere befreien wird

- > die Reichen, die von Trumps Fi-

nanz- und Steuerpolitik massiv profitieren

- > alle diejenigen, die am obersten Glaubensgrundsatz vermutlich der meisten Amerikaner festhalten, dass die beste Regierung keine Regierung sei; die das europäische Prinzip der sozialen Marktwirtschaft für zutiefst freiheitsfeindlich und unamerikanisch halten. Deshalb solle auch der Staat nicht eingreifen, um die massive Ungleichheit im Lande zu verringern.

Eine solche Mobilisierung könnte dazu führen, dass Trump die Wahlen knapp gewinnt oder knapp verliert. Im letzteren Fall wird er seine Anhänger mit der Behauptung mobilisieren, dass er Opfer eines Wahlbetruges geworden sei.

Nur eines ist bis zur Wahl ausgeschlossen. Es werden keine Gesetze erlassen oder tiefgreifende Reformen durchgeführt werden, die die Spaltung der Nation und das zunehmende Chaos im Lande verringern könnten: weder die systematische Rechtsbeugung durch den Präsidenten („Als Präsident habe ich das Recht, zu tun, was ich will.“), noch die von Trump betriebene Erosion der bundesstaatlichen Ordnung oder der Verfall der Infrastruktur. Nach neuesten Umfragen teilen 80 Prozent der Amerikaner diesen Pessimismus.

Es wird auch keine grundlegende Erneuerung der Polizei geben. Gerichte und Gesetze, vor allem die einflussreichste

Gewerkschaft in den USA, die Polizeigewerkschaft, werden das verhindern. Alle Polizisten haben die wichtigste Überlebensmaxime ihres Berufes verinnerlicht: Im Zweifel ist es besser, als Erster zu schießen, damit du abends deine Familie wiedersehen kannst.

Auch personell gäbe es keine Alternative. Aus welchen Schichten sollten denn die „neuen“ Polizisten kommen, die sich als „Freund und Helfer“ der Bürger fühlen? Überdies wäre eine solche Polizei aus der Perspektive vieler Amerikaner angesichts der offenen und latenten Gewaltzustände in den Städten eine Katastrophe.

Schließlich kann ich nicht erkennen, wie im Wahljahr die krassen Ungleichheiten im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen System überwunden werden könnten. Die USA bleiben in einer prekären Vor-Bürgerkriegssituation.

> Detlef

Junker (Foto:

Alex) ist

Gründungs-

direktor

Emeritus

des Heidel-

berg

Center for

American Studies

und Senior Professor

Distinctionus der

Universität

Heidelberg. Er leitete

zudem von 1994 bis

1999 das Deutsche

Historische Institut

in Washington D.C.

RNH-LEXIKON

Rasse

Immer wieder wird gefordert, den Begriff der „Rasse“ aus dem Grundgesetz zu streichen. Die Idee, dass es unterschiedliche Menschenrassen geben könnte, tauchte mit der Kolonialisierung ab dem 15. Jahrhundert auf (obwohl es seit der Antike Vorläufer gab). Der französische Naturforscher George-Louis Leclerc de Buffon verwendete 1749 den Begriff als Erster zur Unterteilung der Menschen.

Heute gilt der Begriff der Rasse nicht nur als historisch belastet, sondern auch als wissenschaftlich widerlegt, und das vor allem aus drei Gründen. Erstens sind Unterscheidungsmerkmale wie die Hautfarbe willkürlich gewählt und hängen nicht mit anderen Merkmalen wie etwa der Nasen- oder Lippenform zusammen. Zweitens sind die genetischen Unterschiede zwischen ethnischen Gruppen kleiner als die innerhalb einer Gruppe – es gibt also kein Gen, das die eine von einer anderen Gruppe unterscheiden würde. Und drittens gibt es zwischen den Gruppen fließende Übergänge in der Verteilung bestimmter genetischer Merkmale. abs

PRESSESPIEGEL

Genug Zeit nehmen

Die „Frankfurter Allgemeine“ meint zur Entwicklung eines Corona-Impfstoffes:

„Es ist gut, wenn sich der Staat beim Tübinger Biotechunternehmen Curevac engagiert – das gibt langfristige Sicherheit für Forschung, Tests und Herstellung. Oberste Priorität muss aber die Gesundheit derer haben, die eines Tages ohne Risiken und Nebenwirkungen geimpft werden wollen. Angstmacherei ist auch hier fehl am Platz; sie wird aber zunehmen, wenn der Eindruck entsteht, hier werde etwas übers Knie gebrochen.“

Nicht nur im Osten radikal

Die „Südwest Presse“ aus Ulm schreibt zur Beobachtung der Rechtspopulisten:

„In Brandenburg beobachtet der Verfassungsschutz nun die Gesamt-AfD. Die ostdeutschen Landesverbände sind in Gänze zwar eine Spur radikaler. Doch was heißt das schon? Der Fraktionschef im baden-württembergischen Landtag, Bernd Gögel, erklärte gerade zur Debatte um den Begriff „Rasse“ im Grundgesetz: „Der Rassebegriff ist richtig und wichtig und für unser Grundgesetz essentiell.“ Noch Fragen?“

Westen muss zusammenstehen

Die Londoner „Times“ kommentiert die Brexit-Verhandlungen:

„In einer Zeit verstärkter geopolitischer Spannungen und im Vorfeld von US-Wahlen, durch die sich die Belastungen für die internationale Ordnung zu erhöhen drohen, war es niemals wichtiger für den Westen zusammenzustehen.“

Kapitalismus wird menschlicher

Zum Status von Minderheiten in der Unternehmenswelt schreibt die italienische Zeitung „La Repubblica“:

„Die tragischen Ereignisse in Minneapolis haben amerikanische und europäische Industriebosses veranlasst, weniger über Gewinne, Investitionen und Kosten und mehr über Empathie, Mitgefühl und Bedauern zu sprechen. (...) Hinter den trockenen Zahlen zeichnete sich ein menschliches Gesicht des Kapitalismus ab.“

IMPRESSUM

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG



Gegründet 1945 als erste deutsche Zeitung in Württemberg-Baden

Herausgeber: Inge Hölzke, Joachim Knorr, Michael Gindele

Chefredakteure: Inge Hölzke, Dr. Klaus Welzel

Chief vom Dienst: Joachim Knorr, Thomas Heilmann - Politik/Wirtschaft: Dr. Klaus Welzel, Stellv. Christian Altmeier - Magazin: Alexander R. Wenisch - Feuilleton: Volker Oesterreich - Sport: Claus Weber - Metropolregion/Bergstraße: Carsten Blau, Stellv. Alexander Albrecht, Stefan Hagen - Redaktion Heidelberg: Sebastian Riemer, Stellv. Holger Buchwald - Region Heidelberg: Thomas Frenzel - Service-/Kinderredaktion: Inge Hölzke - Verlagsleiter: Joachim Knorr, Thomas Heilmann - Anzeigen: Andreas Miltner - Vertrieb: Michael Engelhardt, Stellv. Jochen Spilger

Alle 69117 Heidelberg, Neugasse 2, Telefon: 0 62 21 / 519-0

Verlag: Rhein-Neckar-Zeitung GmbH

Druck: Heidelberger Mediengestaltung-HVA GmbH, Heidelberg, Hans-Bunte-Straße 18

Monatsbezugspreise einschl. 7 % MwSt.: Durch Träger

42,90 €, Abholabo 42,90 €, Postbezug 45,40 €, Streifband 42,90 € + Porto. Abbestellung nur zum Monatsende, 4 Wochen vorher in Textform beim Verlag. Bei Bezugsunterbrechung wird Bezugsgeld ab dem 5. Erscheinungstag erstattet. Bei Störung durch höhere Gewalt, Streik, Aussperrung besteht kein Ersatzanspruch. Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 72. Für unverlangte Manuskripte keine Gewähr.

Erscheint mit folgenden Ausgaben:

Heidelberger Nachrichten, Region Heidelberg, Wiesloch

Nachrichten, Walldorfer Rundschau, Eberbacher

Nachrichten, Schwetzingen Nachrichten, Bergstraße/

Mannheim - Weinheimer Rundschau, Sinheimer Nachrichten - Bad Rappenauer Bote/Eppingen Nachrichten, Mosbacher Nachrichten, Nordbadische Nachrichten.



Bunter Protest: Eine Drag-Queen bei einer Demonstration gegen Rassismus und Polizeigewalt in Chicago. Foto: dpa

